

Dem Berliner Ehrenbürger Richard von Weizsäcker zum Hundertsten

Entgegen der Einbahnstraße – von Bonn nach Berlin

Einen Pastor hatte Berlin mit Heinrich Albertz bereits als Regierenden Bürgermeister erlebt, wenn auch für die SPD und nur von Dezember 1966 bis September 1967. Der Überraschungsgast, der auf Einladung von Peter Lorenz und mit Empfehlungen von Helmut Kohl im September 1978 nach Berlin kommt, um sich für die CDU um dieses Amt zu bewerben, ist zum Bleiben entschlossen. Richard von Weizsäcker, 1964 Präsident des Evangelischen Kirchentages, Mitverfasser der Denkschrift der Evangelischen Kirche „Zur Lage der Vertriebenen und dem Verhältnis des deutschen Volkes zu seinen östlichen Nachbarn“, seit 1969 Mitglied des Bundestages, Anfang der siebziger Jahre Vorsitzender der Grundsatzprogramm-Kommission der CDU, Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und 1974 Kandidat für das Amt des Bundespräsidenten - dieser als Denker und Redner bundesweit bekannte Politiker ohne jede tatsächliche Macht will sich als Handelnder, als Entscheider, als Regierender bewähren – „statt immer nur herumzudenken“, wie er in einem Interview selbstironisch bekennt. Und entgegen dem Trend, Berlin Richtung Westen zu verlassen, zieht es ihn hierher. Der 58-Jährige beim Start zu einer neuen Karriere greift nach dem Stuhl von Ernst Reuter und Willy Brandt. Dabei hat er eine eigenwillige Vorstellung von der Bedeutung dieser Aufgabe. „Bei allem Respekt vor dem höchsten Amt im Staate, dem des Bundespräsidenten – das Amt des Regierenden Bürgermeisters von Berlin schätze ich höher ein.“

Berlin, Herbst 1978. Die Stadt ist – seit 1961 endgültig? – geteilt. Seit sechs Jahren gibt es dauerhaft 30 Tage jährlich Besuchsmöglichkeiten von West nach Ost, seit 14 Jahren für Rentner von Ost nach West jährlich bis zu vier Wochen. Im Ostteil ist Erhard Krack (SED) seit vier Jahren Oberbürgermeister der „Hauptstadt der DDR“ im Berliner Rathaus. Im Westteil ist Dietrich Stobbe (SPD) seit Mai 1977 Regierender Bürgermeister im Rathaus Schöneberg, Nachfolger von Klaus Schütz. Als sei durch das Viermächte-Abkommen von 1971 alles geregelt, macht sich eine ideenlose Koalition auf die Suche nach der Rolle einer „normalen“ Stadt, die doch ihre Einmaligkeit der politischen Lage zwischen Ost und West nicht verleugnen, sondern aktiv nutzen sollte. Die CDU, seit 1975

stärkste Fraktion ohne Partner in der Opposition, immer noch mit der Verteidigung der Frontstadt beschäftigt, überzeugt die West-Berliner immer weniger. Das modernisierte Wahlprogramm, der „Lorenz-Plan“ für die Wahlen zum Abgeordnetenhaus ist gerade fertig, themensortiert auch im Postkartenformat, da schlägt Peter Lorenz einen neuen CDU-Spitzenkandidaten vor: Richard von Weizsäcker.



Dezember 1978, Plenarsaal, Abgeordnetenhaus

Pressefoto: Peter Rondholz

Ein „Abweichler“ übernimmt die Führung

Die Begrüßung durch Parteien und Presse ist alles in allem nicht unfreundlich. Zwei Einschätzungen sind zu hören und zu lesen. Erstens, Weizsäcker werde wohl Probleme mit dem kommunalen Kleinkram und dem Beherrschen einer Behörde haben. Zweitens, fürchten müsse sich vor allem die FDP vor einem durch ihn ausgelösten Wählerschwund. Neu an dem Echo auf diese Übersiedlung eines „Westdeutschen“ ist, dass sie auf die Stadt bezogen und nicht als Angelegenheit einer Partei betrachtet wird. Und der Ankömmling fühlt sich wohl auch mehr in der Stadt als in der Berliner CDU zu Hause. Viele Jahre seiner Jugend hatte er in der Hauptstadt gelebt. Und da er keine Neigung zeigt, sich an die ihm bisher kaum bekannte Berliner Partei anzupassen, bleibt dieser – will sie die

Chance für einen Wahlsieg nicht sofort gefährden – nichts anderes übrig, als sich umgehend mit ihm zu arrangieren. Innerparteiliche Willensbildung verläuft sonst anders. Aber da der bisherige Hirte nach reiflicher Überlegung selbst den Stab weiterreicht, kann der „führende Politiker“, zunächst ohne ausreichende Anhängerschaft, tatsächlich Vertrauen gewinnen und die Herde hinter sich versammeln.

Die kurzfristig einberufenen Gremien der Partei billigen einstimmig den Wechsel in der Kandidatur für das Amt des Regierenden Bürgermeisters, setzen alles auf eine Karte. Denn je nach Begabung und Interessen hat man keine, eine ungefähre oder eine genauere Vorstellung vom politischen Standort des Bewerbers. Und wenn man sich ihn vom Hörensagen auch gut in einer anderen Partei vorstellen kann, dann ist das nicht als Lob gemeint, insbesondere wegen seiner von der Parteilinie abweichenden Haltung in der Ostpolitik. Kaum jemand hat allerdings die Einzelheiten parat, welchem Vertrag er nicht oder doch zugestimmt, oder sich als Abgeordneter aus Rheinland-Pfalz enthalten hatte. Was Parteifreunde kritisch sehen, gilt hingegen außerhalb der CDU-Kreise als Gütesiegel für Unabhängigkeit. Einzelgängertum wird als weitsichtige Führungskraft verstanden. Oft braucht es nur Zeit, um Ideen mehrheitsfähig zu machen.

Richard von Weizsäcker lässt keinen Zweifel daran, dass ihm die Aufgabe gefällt. Berlin sei eine zentrale und nationale Aufgabe für Deutschland und Europa. So, wie er Berlin verändern will, so verändert Berlin mit der Zeit seinen Blickwinkel: Bisher auf Berlin gerichtet – künftig aus Berlin auf die Welt. Er wird sich am Ort seines politischen Denkens befinden. Sein Thema wird zum Tatort. Noch ist ihm nicht bewusst, dass er sich vom Ost- und Deutschlandpolitiker unversehens zum zugleich Landes- und Kommunalpolitiker verändern wird. Letzteres wird er bis zum Ende seines politischen Lebens in Abrede stellen; es stimmt dennoch.

Teilerfolg im ersten Anlauf

Ein heißer Tipp, die Glaubwürdigkeit für sein, für Viele immer noch überraschendes Engagement in der und für die Stadt zu erhöhen, ist der Hinweis auf die dazu geeignete unverzügliche polizeiliche Anmeldung des Ersten Wohnsitzes und die damit verbundene Beantragung des berlin-typischen „Behelfsmäßigen Personalausweises“. Da kommt einer vom Festland auf die Insel, wird Berliner mit der Ausweis-Nummer 3816900, gültig für fünf Jahre. Natürlich gehört dazu eine entsprechende Pressemitteilung, um diesen Schritt

zu einer gewissen Endgültigkeit der Berlin-Treue publik zu machen, wie überhaupt der Kandidat ein ausgeprägtes Gefühl für einen sorgsamem Umgang mit den Medienvertretern erkennen lässt. Wohlgesonnene Kreisvorsitzende bieten einen aussichtsreichen Listenplatz an. Ein Büro muss eingerichtet werden. Die Fraktion leiht einen ihrer Wissenschaftlichen Assistenten vorübergehend als „Pfadfinder“ aus, der Landesvorsitzende Peter Lorenz stellt seine Sekretärin frei, die CDU Geschäftsstelle zwei Zimmer und ein Auto mit Fahrer. Fieberhaft werden Verabredungen getroffen, um sich bekannt zu machen. Antrittsbesuch beim Amtsinhaber, bei Wirtschaftsführern und Gewerkschaftsfunktionären, bei Handwerkskammer und ADAC, bei Theaterintendanten, Kleingärtner- und Sportverbänden, Hausbesitzer- und Mieterverein – und schließlich gleichzeitig direkt mit dem Wähler, der sich für ihn, wenn schon nicht für seine Partei entscheiden soll. Also Versammlungen, Straßendiskussionen, Hausbesuche, Telefonsprechstunden. Und immer wieder Pressegespräche, Redaktionskonferenzen und Interviews.

Das Programm, für das er wirbt, ist handwerklich solide, entspricht dem Format eines subventionsabhängigen Stadtstaates, der größten deutschen Gemeinde. Der es verkündet, beabsichtigt, in einer anderen Liga zu spielen. Nicht Stobbes „Hinwendung zur Stadtpolitik“, sondern die nationale und internationale Aufgabe Berlins wahrzunehmen. Dabei ahnt er, dass es gar nicht um ein Entweder -oder, sondern in der alltäglichen Arbeit im Rathaus Schöneberg um ein ausgeglichenes Sowohl-als-auch gehen werde. Nichts Unerfüllbares zu versprechen, stattdessen Forderungen an die Berliner richten, um ihr Selbstbewusstsein zu stärken, ist sein Grundsatz. So findet er Gehör auch in Kreisen, die von der CDU bisher nicht erreicht worden waren. Damit findet er nicht immer die Zustimmung der professionellen Berater, ohne dass er sich davon beirren ließe.

Am 18. März 1979 erlangt Richard von Weizsäcker über die Neuköllner Bezirksliste einen Sitz im Abgeordnetenhaus, behauptet die CDU mit 44,4 % bei einem Plus von 0,5 % ihren ersten Platz. SPD und FDP setzen ihre amtsmüde Koalition fort. Sie startet mit einem Schönheitsfehler und endet früher als gedacht.

Zur Hälfte Bonn, zu drei Vierteln Berlin

Das Abgeordnetenhaus tritt Ende April 1979 zur Wahl des Regierenden Bürgermeisters und - nach der geltenden Verfassung auch – der

Senatsmitglieder zusammen. Stobbe wird, mit einer Stimme weniger als die Koalition zählt, gewählt. Richard von Weizsäcker erhält die 63 Stimmen seiner Fraktion. Ein Senatorenkandidat verfehlt die notwendige Stimmenzahl, bei einem Ersatzkandidaten reicht es. Weizäckers Erwiderung auf die Regierungserklärung von Stobbe verbindet die Auseinandersetzung mit dem, was für falsch gehalten wird, mit dem, was die CDU für besser hält und tun wolle – wenn sie denn mal regieren würde.

Die Hoffnung darauf erhält einen ersten und ernsten Dämpfer, als Weizsäcker bald darauf in Bonn für das Amt des Bundestags-Vizepräsidenten kandidiert und gewählt wird. Es ist in Berlin schwer zu vermitteln, dass dies nicht als Beginn des Rückzuges, sondern als Mittel zur Stärkung des Einflusses Berlins in Bonn taugen würde. Für die Berliner CDU bleibt Weizsäcker trotz allem und zugleich deswegen die tatsächliche Nummer eins, auch wenn in keiner Satzung das Amt eines Spitzenkandidaten vorgesehen ist oder ihn gar mit besonderen Befugnissen ausstattet. Am Wochenende nach der Wahl zum Vizepräsidenten erklärt er vor dem Landesausschuss der CDU seine Bereitschaft zur erneuten Kandidatur, wenn die Partei dies wünsche. Die wünscht es sich, wen und was denn sonst?

Fortan wolle er sich mittels der Medien an die Berliner wenden. Seine Arbeit in und für Berlin könne er am besten dadurch verrichten, dass er sowohl in Berlin als auch in Bonn Berliner Angelegenheiten verfolge. In Berlin gehe es ihm vor allem um einen Beitrag für die langfristigen Aufgaben. Zum Ende des Jahres kommt es noch schlimmer, als er das Berliner Mandat wegen der Doppelbelastung niederlegt. Aber schließlich findet sich ein genialer Ausweg. Bei der Bundestagswahl im Oktober 1980 wird Weizsäcker vom Abgeordnetenhaus zum Berliner Bundestagsabgeordneten gewählt – eine prominente Stimme für Berlin, wenn auch ohne Stimmrecht. Jetzt ist er nochmals zum Berliner geworden.

Zwei Jahre dauert das „Doppel-Leben“ in Bonn und Berlin mit der wöchentlich mehrmals wiederholten Wanderschaft zwischen der provisorischen und der ehemaligen/künftigen Hauptstadt zum Nutzen Berlins und wider Erwarten auch zur Mehrung seiner künftigen Siegeschancen. Sie sind so prall von Ereignissen, die die Stadt beschäftigen und bieten genug Stoff, in der Berliner Politik Stellung zu beziehen und sich als Alternative zum Senat zu empfehlen. Sein Büro ist gut beschäftigt. Am 15. Januar 1981 schlägt es Alarm. Stobbe ist nach einer gescheiterten Senatsumbildung zurückgetreten. Abends landet Weizsäcker in Berlin.

Wahlkampf mit Beißhemmungen

Der Startschuss erfolgt am nächsten Morgen, als auf Weizäckers Vorschlag die Berliner CDU die Einleitung eines Volksbegehrens zur vorzeitigen Auflösung des Abgeordnetenhauses und zur Durchführung von Neuwahlen beschließt. Während die SPD noch eine halbe Ersatz-Senatsmannschaft für Jochen Vogel aus Bonn importiert, ist er bereits beim nächsten Schritt: Mobilisierung der Mitglieder, Aufbruchsstimmung in der Bevölkerung zu wecken, auf schnellstem Weg eine parlamentarische Mehrheit zu erreichen, dem Übergangssenat keine Zeit zu lassen, selbst eine attraktive personelle Alternative vorzustellen. Weizäcker arbeitet hart und konzentriert und erwartet den gleichen Einsatz von allen in seiner Umgebung, egal, wie wichtig sie sich selbst nehmen. Der „Denker“ agiert, als hätte er nie in seinem Leben etwas anderes getan. Er spielt souverän auf der Klaviatur, Berater Vorschläge machen zu lassen, Varianten in Auftrag zu geben, Anregungen aufzunehmen. Aber er lässt keinen Zweifel, dass es ein Wahlkampf nach *seinem* Stilempfinden sein würde. Es gilt zu verhindern, dass sich Hans-Jochen Vogel das Image eines unbelasteten Aufräumers erarbeitet, wo sich, beispielsweise in der Hausbesetzerszene, der Zustand der Stadt jeden Tag verschlimmert. Sie haben sich einen fairen Wahlkampf versprochen. Auch wenn der Ton gelegentlich scharf und in den Ohren der beiden Ehrenmänner schon fast unanständig schrill ist, so bleibt doch alles weit entfernt von persönlichen Beleidigungen und falschen Behauptungen, wie man sie sonst schon erlebt hat.

Weizäcker allein entscheidet über die zulässigen Waffen, die zum Einsatz kommen. Der Säbel steht nicht zur Diskussion. Bleiben immer noch Degen, Florett und Seziermesser. Wenn er Schicht für Schicht bloßlegt, ist auch dieser Gegner besieghar. Würden mehr Menschen als bisher CDU wählen, dann meinen sie ihn. Das gilt insbesondere für mehrere parteiunabhängige Gruppierungen, so etwa die „Wählerinitiative 81“, zu der sich Wissenschaftler, Hausfrauen und Ärzte, Lehrer und Sozialarbeiter, Handwerker und Architekten zusammengeschlossen hatten. Auch wenn das Wahlprogramm Weizäckers Handschrift trägt – Rechtsfrieden wahren, Wohnungsnot und Hausbesetzungen beenden, Umweltschutz und Stadtentwicklung zusammenführen, den Ausländerzustrom unterbinden und... und... und... – dann setzen diese Unterstützer auf ihn als Person.

Seine Mannschaft ist sorgfältig austariert, um alle Kräfte zu berücksichtigen, und trotzdem unter seiner Regie zusammenzufinden: Altgediente oppositions-

erfahrene Berliner, Bundestagskollegen aus Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen, parteilose Fachleute, junge Abgeordnete. Mit ihnen lässt sich Staat machen.

Ein Herr im Rathaus

Das Wahlergebnis vom 10. Mai 1981 ist mehrfach bemerkenswert: Weizsäcker wird in Neukölln direkt gewählt. Bei einer Wahlbeteiligung von 85,3 % erreicht die CDU mit 48 % 65 der 132 Mandate; zwei zu wenig für eine Mehrheit. SPD und FDP verlieren zusammen 6,9 %. Die Alternative Liste (AL) ist auf Platz drei vor der FDP mit 7,2 % erstmalig vertreten. Eine Koalition kommt nicht zustande. Alle CDU-Abgeordneten und einige der FDP wählen den Regierenden Bürgermeister und die Senatsmitglieder. Das ist kein „Minderheitssenat“.



6.6.1981: Pressekonferenz im Rathaus Schöneberg, Dr. Richard von Weizsäcker (Spitzenkandidat für das Amt des Regierenden Bürgermeisters gibt seine Senatoren-Kandidaten bekannt. Foto: Landesbildstelle Berlin

Ein damals hoher Beamter in der Senatskanzlei schwärmte noch dreißig Jahre später von dem plötzlichen Klimawandel durch den neuen Chef. Er habe eine natürliche Autorität ausgestrahlt, sei bedächtig und nachdenklich gewesen. Er

habe den Überblick gehabt, auch wenn er nicht alle Details kannte. So erleben es wohl auch andere Bedienstete. Weizsäcker hat feste Vorstellungen von seinen politischen Zielen und er weiß, wie man die Sachkunde eines großen Apparates einsetzt, um sie zu erreichen. Er lässt keinen Zweifel aufkommen, dass er auf loyale Zusammenarbeit vertraut, unabhängig von der Parteizugehörigkeit außerhalb des Dienstes. Er liebt für den Hausgebrauch nicht die großen Worte, sondern leistet sich die kleinen Gesten.

Was macht Richard von Weizsäcker zu einem Herrn? Passt so ein Begriff überhaupt auf einen Politiker und, wenn er wirklich zutrifft, ist er nicht eher rufschädigend, bedeutet Abstand und Reserviertheit, alles andere als „volkstümlich“ zu sein. Aber es funktioniert ganz anders. Seine Selbstsicherheit hat nichts von Arroganz. Seine Höflichkeit hat nichts Aufgesetztes, weil sie „klassenlos“ ist. Fehler am unteren Ende der Rangordnung verzeiht er allerdings großzügiger als am oberen. Seine Pünktlichkeit ist legendär. Selbst dichtester Verkehr ist keine Ausrede, er hätte einkalkuliert werden müssen. Lieber wartet er, als dass er andere warten lässt. Es ist nicht seine Art, sich in den Mittelpunkt zu stellen, selbst wenn er – und das ist seine Variante von Selbstironie – der festen Überzeugung ist, dass er dorthin gehöre. Seine Professionalität, wenn es um die Führung einer Stadtregierung geht, wird erst einmal bezweifelt und lange bestritten. Es amüsiert ihn eher, in dieser Hinsicht unterschätzt zu werden, bis es sich von selbst erledigt. Weizäckers Patriotismus beruht nicht auf Traditionspflege und rückwärtsgewandter Erinnerung und wird – anders als bei vielen Alters- und Zeitgenossen im Westen – durch die Teilung des Landes nicht aufgebraucht, sondern genährt. Das geteilte Berlin ist für ihn die Brücke zwischen den nach dem verlorenen Eroberungskrieg verbliebenen zwei Landesteilen. Politik hat sich daran zu orientieren, was den Menschen in der DDR nutzt. Sein Kompass ist auf Einheit ausgerichtet.

Stadt – Ansichten

Nicht erst seit seiner Wahl zum Stadtoberhaupt liegt Richard von Weizsäcker neben dem *Ansehen* auch das *Aussehen* Berlins am Herzen. Wenn er auf „Äußerlichkeiten“ wert legt, dann hier. Dabei gilt sein Blick dem ganzen Berlin, sein Handeln notgedrungen dessen Westen, mit einer Ausnahme. Hatte schon sein Vorgänger während des Wahlkampfes seinen Beifall erhalten, als der anlässlich des Schinkeljubiläumsjahres die im Westen lagernden Schlossbrückenfiguren dem Magistrat zur Wiederaufstellung am historischen Ort übergeben

lässt, so leistet er – nun selbst im Amt – einen ähnlichen Beitrag für das Zusammengehören. Am Mühlendamm in Ost-Berlin soll das Ephraim-Palais, das in den dreißiger Jahren wegen der NS-Stadtplanung abgetragen worden war, nachgebaut werden. Wertvolle Teile der Fassade waren damals eingelagert worden und befinden sich im Westen. Sie sollten Verwendung für den Wiederaufbau des Palais in der Lindenstraße als Jüdisches Museum neben dem alten Kammergericht finden. Also ein weitgehend echtes Palais am falschen Ort und ein Nachbau am rechten Platz? Dieser Schildbürgerstreich, mit der die Teilung der Stadt den Stempel von Ewigkeit erfahren hätte, konnte verhindert werden.

Rostendes Symbol für den fortschreitenden Verfall des Wesenskerns einer Stadt – ein funktionierendes Verkehrssystem – ist der Niedergang der S-Bahn, die seit einer Nachkriegsentscheidung der Vier Alliierten der Verwaltung der „Deutschen Reichsbahn“ im Ostteil unterstand. Unter Weizsäckers Vorsitz beginnt die S-Bahn-Kommission im August 1981 ihre Arbeit, Status- und Finanzierungs- und viele andere Fragen mit den drei Alliierten, dem Bund und der DDR sind zu sondieren. Nach über zwei Jahren dürfen endlich die Verhandlungen beginnen. Vom Januar 1984 an stellt die Ost-Seite den restlichen Verkehr ein und nimmt die BVG-West schrittweise den S-Bahn-Verkehr im Westen auf.

Und dann gibt es da noch eine andere Hängepartie zu entscheiden. Was wird aus der im Mai 1980 eingestürzten Kongresshalle, einem der sichtbaren Symbole des besonderen Engagements der USA in Berlin? Wird sie noch gebraucht, ist der Wiederaufbau nicht viel zu teuer? Jedenfalls durfte ihr Zustand nicht auf den der berlinisch-amerikanischen Beziehungen übertragen werden. Es gelang, den Vorsitzenden des Haushaltsausschusses, einen Parteifreund, davon zu überzeugen, dass das Geld eine gute Investition für das Klima zwischen Berlin und Washington wäre. Das Parlament bewilligt den Wiederaufbau, der 1987 abgeschlossen ist. Es passt also gut, dass ein Außen-, Ost- und Deutschlandpolitiker im Rathaus Schöneberg sitzt, der über die Turmspitze der Gedächtniskirche hinausblickt. Irgendwie hat beinahe jedes kommunale Thema mit der „großen Politik“ zu tun.

Reisender in Sachen Berlin

So wie er sicher ist, in Bonn viel für Berlin, dessen Sicherheit und Wirtschaft, tun zu können, so sehr ist er unterwegs und lädt nach Berlin ein, um für die Stadt zu werben. An seinem ersten Arbeitstag als Regierender Bürgermeister begrüßt er

die Vorstände und Aufsichtsräte der Bundesunternehmen, um ihnen bei ihrer Auftragserteilung eine angemessene Berücksichtigung der Berliner Wirtschaft naheulegen, mit Erfolg. Eine hochrangig besetzte Wirtschaftskonferenz mit Bundeskanzler Kohl im Reichstag führt in der Folge zu erheblichen Investitionen. Die AEG ist jedoch trotz größter Bemühungen nicht zu retten.

Noch während des Wahlkampfes reist Weizsäcker im März 1981 in die USA. Noch nicht im Amt, lädt er Außenminister Haig zu einem Berlin-Besuch ein. Als er im September stattfindet, liefert er heile Protokollwelt- und abschreckende Straßenkampfbilder mit Gegendemonstranten. Unmittelbar danach reist Weizsäcker als Ehrengast der Steuben-Parade nach New York. In Washington wird er im Oval Office im Weißen Haus von Präsident Reagan empfangen. Dass die Mehrheit der Berliner aus Erfahrung und gewachsener Überzeugung hinter den USA stünden, dies glaubhaft zu machen, dazu ist er da. Und das ist mehr als nur reden. Jetzt wird das, was er sagte, nicht für eine interessante Privatmeinung gehalten. Jetzt spricht er für Berlin. Und man nimmt ihm ab, dass er das, was er hier erklärt, zu Hause durchsetzen kann. Deshalb ist ihm der persönliche Kontakt so wichtig. Als im folgenden Jahr Reagan seinen Besuch ankündigt, ist die Freude groß und sind die Sicherheitsvorkehrungen massiv. Reagan beteuert im Schlosspark Charlottenburg seinen handverlesenen Zuhörern, es sei „schön, wieder zu Haus zu sein“.

Eine Befragung zeigt: Rund zwei Drittel der West-Berliner vertrauen auf die Zusagen der Westmächte zur Garantie ihrer Sicherheit, damit in erster Linie den USA. Die Zweifel aus der Zeit nach dem Mauerbau scheinen vergessen. Besorgniserregend bleibt der erkennbare Abwärtstrend, je jünger die Befragten sind.

Richard von Weizsäcker und Ronald Reagan treffen auch im folgenden Jahr in Washington zusammen. Er spricht mit Vizepräsident George W. Bush, den er im Januar in Berlin begrüßt hatte und schätzt, führt Gespräche mit Senatoren, Mitgliedern des Kongresses, der Administration und mit Journalisten. Ein stets aktuelles Bild von Berlin zu vermitteln, die persönlichen Kontakte zu pflegen oder aufzubauen, Missverständnisse aufzuklären, Vertrauen zu schaffen, Kontinuität in den Beziehungen zu erhalten, ist sein intensives und erfolgreiches Bemühen. Es geht ihm um die Beständigkeit der Allianz. Weizsäcker hätte es auch so formulieren können: Die Freiheit Berlins wird auch von Kalifornien aus verteidigt.

Versuch einer Annäherung

Richard von Weizsäcker macht sich keine Illusionen und will dennoch nichts unversucht gelassen haben. Sich persönlich zu kennen, kann manches erleichtern, erhöht mitunter wenigstens die Hemmschwelle der Gegnerschaft, zumal ihm auf verschlungenen Wegen signalisiert wird, auch der andere sei an einer Begegnung interessiert. Aber sich einfach in die Schlange der Honecker-Wallfahrer Anfang der achtziger Jahre einordnen – das ist nicht seine Absicht. Auch ist ihm bewusst, dass für einen Regierenden Bürgermeister von Berlin andere Regeln als für andere Ministerpräsidenten, den Bundeskanzler oder einen Oppositionsführer gelten. Für ihn beginnen die Probleme bereits bei der allerersten Entscheidung: geht das überhaupt? In wechselnder Reihenfolge in mehrfachen Kontakten zur Bundesregierung und zum US-Gesandten Nelson Ledsky für die Seite der westlichen Alliierten werden die Bedingungen ausgehandelt, mit der jede Missdeutung, hier werde der Status der Viermächtestadt Berlins als Ganzem berührt, ausgeschlossen werden soll. Schließlich plant Weizsäcker nicht mehr und nicht weniger als den Besuch eines Staatsoberhauptes eines anderen Staates, der einen Teil der Viermächtestadt illegal zu seiner Hauptstadt erklärt hat und dort auch residiert. Und dies als Bürgermeister eines Bundeslandes, das selbst aus der Sicht seiner Schutzmächte eingeschränkt zum Mutterland gehört. Der östliche Vorschlag, sich im Staatsratsgebäude zu treffen, ist so erkennbar untauglich, dass die Ablehnung wohl erwartet und nicht übelgenommen wird. So waren mehrere Hürden zu überspringen, einige Tabus zu brechen, konnte viel statusrechtliches Porzellan zerschlagen werden. Was dann tatsächlich geschieht, ist vom Kanzler gebilligt und von den Alliierten genehmigt.

Weizsäcker schwärmt für das einst brandenburgische Schloss Schönhausen als Wohnsitz von Elisabeth Christine, als Frau Friedrichs II. preußische Königin. Jetzt gehört das Schloss zum (Ost-)Berliner Bezirk Pankow. Dort konnte er dem DDR- und SED-Chef auf quasi „eigenem Terrain“ begegnen. Schließlich war er Regierender Bürgermeister von „Berlin“, und Pankow ist einer von den 20 Bezirken, aus denen laut Berliner Verfassung Berlin besteht. Wo, bitte, liegt das Problem?

Die Überraschung der Zeitungsleser in Ost und West war am Morgen des 15. September 1983 groß. Die Ergebnisse des diskret vorbereiteten Treffens sind für die Öffentlichkeit erwartungsgemäß bescheiden. In einem halbstündigen Vier-Augen-Gespräch kündigt Honecker Erleichterungen beim Mindestumtausch an und teilt mit, ein Drittel der Selbstschussanlagen an der Staatsgrenze sei bereits abgebaut... Zum zweiten Mal begegnet Richard von Weizsäcker dem

Staatsratsvorsitzenden Honecker am 7. September 1987 in Bonn, als Bundespräsident.

Eine Halbzeit-Bilanz – erfolgreich und unvollendet

Der Abschied ist lang und schmerzhaft. Seit den ersten Andeutungen, Karl Carstens stehe für eine zweite Amtszeit als Bundespräsident nicht zur Verfügung, beginnt eine neue Folge der Debatte über Treueschwüre und Fahnenflucht. Die Versuche, das Thema durch einen leichten Scherz zu erledigen, nach dem Motto: Alle Regierenden Bürgermeister haben Berlin bisher in Richtung Bonn oder Himmel verlassen, nun gehe es lediglich um die Festlegung der Reihenfolge – sie helfen wenig. Auch nicht der Verweis auf Hans-Jochen Vogel, der, längst wieder in Bonn, die dortige Rolle des Oppositionsführers übernommen hatte. Weizsäcker ist eine andere Kategorie, ihm ist mehr vertraut und mehr zugetraut worden – umso größer ist die Enttäuschung als erkennbar wird, er werde Berlin verlassen. Sein Instinkt für das ihm gemäße Amt hatte ihn bisher sicher geleitet. Weniger treffsicher deutet er jetzt die Gefühle der meisten Berliner, die ihm mehrheitlich in herzlicher Sympathie zugetan sind, zugleich aber auch alle Angst-Symptome eines Patienten zeigen, denen der vertraute Arzt abhandeln zu kommen droht. Das ist wie ein Missverständnis unter sich Liebenden, bei denen der eine nicht versteht, wie gut es der andere mit ihm meint. Es ist ja richtig, dass seine Aufgabe in diesem Amt nicht erledigt ist. Aber ebenso stimmt, dass sein Werk für Berlin mehr als zur Hälfte getan ist. Das Abgeordnetenhaus debattiert eine Halbzeit-Bilanz, als es längst um die Schlussrechnung geht.

Mit dem Rücktritt des Regierenden Bürgermeisters Richard von Weizsäcker vor dem Abgeordnetenhaus am 9. Februar 1984 endet eine kurze Phase eines Aufbruchs und eines Sinneswandels, der nur einige Zeit nachwirkt. Alle Variationen von Gründen für einen Rücktritt hat Berlin bereits erlebt, Wahniederlagen, innerparteiliche Querelen, Skandale. Seit Willy Brandt war kein Rücktritt so ehrenvoll. Der hatte sich achtzehn Jahre zuvor, um als Bundesaußenminister und Vizekanzler in eine Regierung der Großen Koalition in Bonn einzutreten, mit folgenden Worten verabschiedet: „Dies ist keine Abschiedsrede von Berlin. Für mich ist dies der Beginn eines neuen Abschnitts der Arbeit für Berlin... Ich bin gern Regierender Bürgermeister gewesen, und die Jahre der Verantwortung für diese Stadt haben mir viel gegeben.“ Ebenso hätte es Richard von Weizsäcker formulieren können, dessen Verbundenheit mit Berlin – trotz seines Abschieds auf Zeit – von Dauer war.

„Berlin war die Heimat meiner Jugend und blieb seitdem der gefühlte Mittelpunkt meines Lebens. Stets war es ein zentrales Thema meines politischen Denkens. Umso dankbarer bin ich, dass es auch der Ort meines politischen Handelns wurde“, so Richard von Weizsäcker als Alt-Bundespräsident. Ein Bekenntnis.